

Norbert Wagner **Kommunal-**
wahlen in
Frankreich – neue
Hoffnung für die
bürgerlichen Parteien?

Im März 2001 fanden in ganz Frankreich Kommunalwahlen statt. Es waren dies die letzten Wahlen vor den Präsidenten- und Parlamentswahlen, die im Frühjahr 2002 anstehen. Deshalb wurden sie weithin auch als Test für die Wahlen im nächsten Jahr gesehen. Angesichts der ungünstigen Wahlprognosen für die bürgerlichen Parteien wurde vielfach damit gerechnet, dass eine *vague rose* (rosa-rote Welle) durch Frankreich gehen werde, dass die Kommunalwahlen auch zu einem Menetekel für 2002 werden könnten. Zur Überraschung vieler beschwerten die Ergebnisse den Bürgerlichen dann jedoch keineswegs die prognostizierte Niederlage: Abgesehen von Paris und Lyon, deren Rathäuser wohl auch aufgrund der für den Wähler kaum mehr zumutbaren internen Querelen der Kandidaten des konservativen lagers für diese verloren gingen, konnten sie ihre Position landesweit sogar ausbauen und gehen nun mit Zuversicht den Wahlen Anfang des kommenden Jahres entgegen.

■ **Wahlen in 36 000
Städten und Gemeinden**

Bei den Kommunalwahlen in Frankreich werden die Kandidaten für die Stadträte (in rund 36 000 Städten und Gemeinden) anhand von Wahllisten gewählt. Erzielt keine Liste im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit, so wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt. In den zweiten Wahlgang gelangen all jene Listen, die mehr als zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erringen konnten. Die Anzahl der errungenen Sitze im Stadtrat (Conseil municipal) bemisst sich dann nach dem Resultat des zweiten Wahlgangs. Die jeweilige Mehrheit im Stadtrat wählt anschließend den Bürgermeister (in der Regel, aber nicht immer, den Listenführer). Die Wahlperiode der Stadträte und Bürgermeister beträgt sechs Jahre, d.h. die letzte Kommunalwahl fand im Jahr 1995 statt.

■ **Sonderfälle Paris und Lyon**

In Paris und Lyon erfolgt die Kommunalwahl innerhalb von Arrondissements (in Paris 20, in Lyon neun). Jedes Arrondissement wählt in einem ersten und gegebenenfalls zweiten Wahlgang den Stadtrat des Arrondissements und dieser anschließend den Bürgermeister des Arrondissements. Je nach Anzahl der Bevölkerung und in Abhängigkeit vom Wahlergebn entsendet jedes Arrondissement eine bestimmte Zahl von Stadträten in den Gesamt-Stadtrat. Dieser Gesamt-Stadtrat wählt schließlich den Bürgermeister von Paris bzw. Lyon.

Neben den Stadträten werden auch die Parlamente der sogenannten Communautés Urbaines (etwa ver-

gleichbar mit einem Umlandverband großer Städte) gewählt. Außerdem fanden in einem Teil der Kantone (Ebene zwischen den Gemeinden und Departements) auch noch die Wahlen der Vertreter der Kantone statt.

■ Testwahl für 2002

Da die Kommunalwahl landesweit stattfand und da es sich um die letzten Wahlen vor den Präsidenten- und Parlamentswahlen im Jahr 2002 (über deren Reihenfolge ist noch nicht abschließend entschieden) handelte, haftete den Kommunalwahlen der Charakter einer Testwahl oder Vorwahl für die Wahlen im Jahr 2002 an. Dieser Testcharakter wurde dadurch gesteigert, dass sich eine vergleichsweise große Zahl von aktuellen und ehemaligen Ministern der Regierung Jospin sowie von führenden Politikern der Opposition um das Amt eines Bürgermeisters bewarb: Martine Aubry in Lille, Jean-Pierre Chevènement in Belfort, Elisabeth Guigou in Avignon, Pierre Moscovici in Montbéliard, Jean-Claude Gayssot in Béziers, Cathérine Trautmann in Straßburg, Dominique Voinet in Dôle, Jack Lang in Blois.

Auf der Seite der bürgerlichen Parteien Philippe Séguin in Paris, Charles Millon in Lyon, Claude Gaudin in Marseille, Alain Juppé in Bordeaux, Philippe Douste-Blazy in Toulouse; um nur einige zu nennen.

Naturgemäß konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die großen Städte wie Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux. In Marseille schien der Sieg für Jean-Claude Gaudin (DL) und Renaud Muselier (RPR) so gut wie sicher. Ebenso für Alain Juppé in Bordeaux. Die Chancen für die bürgerlichen Parteien, in Paris und Lyon auch nach den Wahlen den Bürgermeister zu stellen, hatten sich indessen in den Wochen vor den Wahlen nachhaltig verschlechtert. In beiden Fällen hatte dies nichts mit der Zugkraft des Gegenkandidaten des linken Bündnisses von Sozialisten, Kommunisten und Grünen zu tun. Vielmehr hatten dies die bürgerlichen Parteien ausschließlich sich selbst, ihrer Zerstrittenheit und Inkompetenz zuzuschreiben.

■ Lyon – Raymond Barre geht

In Lyon trat der bisherige Bürgermeister Raymond Barre (UDF) aus Altersgründen nicht mehr an. Dies war für alle Beteiligten schon lange absehbar. Gleich-

■ Da die Kommunalwahl landesweit stattfand und da es sich um die letzten Wahlen vor den Präsidenten- und Parlamentswahlen im Jahr 2002 handelte, haftete den Kommunalwahlen der Charakter einer Testwahl oder Vorwahl für die Wahlen im Jahr 2002 an.

■ **Der RPR drohte, der UDF Lyon, eine Stadt, die traditionell von einem UDF-Politiker geführt wird, streitig zu machen. Im Gegenzug legte sich die UDF zunächst bei der Investitur von Philippe Séguin in Paris quer. Das Unvermögen der nationalen Ebene, sich zu einigen, ließ die Anzahl der Bewerber um das Amt des Bürgermeisters rapide anwachsen.**

wohl gelang es den führenden Vertretern von RPR und UDF vor Ort sowie auf nationaler Ebene (Michèle Alliot-Marie und François Bayrou) lange Zeit nicht, sich auf einen Spitzenkandidaten zu einigen. Der RPR drohte, der UDF Lyon, eine Stadt, die traditionell von einem UDF-Politiker geführt wird, streitig zu machen. Im Gegenzug legte sich die UDF zunächst bei der Investitur von Philippe Séguin in Paris quer. Das Unvermögen der nationalen Ebene, sich zu einigen, ließ die Anzahl der Bewerber um das Amt des Bürgermeisters rapide anwachsen. So gab es in Lyon zeitweise zwei Spitzenkandidaten des RPR und zwei Spitzenkandidaten aus den Reihen der UDF. Nach langwierigen, meist öffentlich geführten Debatten hatte sich die Zahl der Spitzenkandidaten zwar wieder gelichtet. Doch gelang es nicht, das bürgerliche Lager in einer Liste zu einigen. Vielmehr erwuchs dem gemeinsamen Kandidaten von UDF und RPR, Michel Mercier, in Charles Millon ein ernstzunehmender Konkurrent. Mercier lag in den Umfragen lange Zeit mit knapp 30 Prozent in Führung, Millon bei etwas unter 20 Prozent. Keiner von beiden hätte folglich alleine eine absolute Mehrheit erringen können. Fast zwangsläufig konzentrierte sich daher der Wahlkampf von Millon und Mercier stärker auf den Konkurrenten aus dem eigenen Lager als auf den linken Gegenkandidaten. Schon früh zeichnete sich ab, dass Mercier nicht bereit sein würde, nach dem ersten oder spätestens zweiten Wahlgang eine Koalition mit Millon einzugehen. Dem stand die Schärfe der Auseinandersetzung im Wahlkampf entgegen. Vor allem aber lehnte Mercier jede Zusammenarbeit mit Millon ab, weil dieser nach den Regionalwahlen im Frühjahr 1998 mit den Stimmen des Front National zum Präsidenten der Region Rhône-Alpes gewählt worden war. Obwohl Millon unterdessen vom Amt des Präsidenten der Region zurückgetreten war und seinen damaligen Fehler eingestanden hatte, setzte Mercier auf größtmögliche Distanz zu Millon.

■ **Paris – Tiberi geht nicht**

In Paris war die Ausgangslage noch verworrener. Schon im vergangenen Jahr war den führenden Politikern des RPR klar, dass man mit einem Spitzenkandidaten Jean Tiberi nicht mehr reüssieren könnte. Zu häufig war in den letzten Jahren der Name Tiberi in

Verbindung mit irgendwelchen angeblichen oder tatsächlichen Skandalen im Umfeld der Mairie von Paris gefallen. Tiberi versuchte zunächst, sich hinter seinem Vorgänger im Amt, Jacques Chirac, zu verstecken. Später drohten er oder seine Frau mehr oder minder offen mit ihrem Wissen über frühere Vorgänge im Rathaus von Paris. Jacques Toubon lancierte sogar einen „Staatsstreich“, um den unhaltbaren Bürgermeister aus den eigenen Reihen loszuwerden. Der Staatsstreich misslang. Als Françoise de Panafieu, eine der stellvertretenden Bürgermeister von Paris, im März 2000 erklärte, sie bewerbe sich um das Amt des Spitzenkandidaten bei den Kommunalwahlen, entzog Tiberi ihr kurzerhand Büro, Dienstwagen und Mobiltelefon.

■ In Paris war die Ausgangslage noch verworrener. Schon im vergangenen Jahr war den führenden Politikern des RPR klar, dass man mit einem Spitzenkandidaten Jean Tiberi nicht mehr reüssieren könnte. Zu häufig war in den letzten Jahren der Name Tiberi in Verbindung mit irgendwelchen angeblichen oder tatsächlichen Skandalen im Umfeld der Mairie von Paris gefallen.

■ Test für Führungsstärke von Michèle Alliot-Marie

Nachdem Michèle Alliot-Marie im Herbst 1999 überraschend zur neuen Vorsitzenden des RPR gewählt worden war, war die Lösung des „Problems Tiberi“ ihre wichtigste Aufgabe und der erste Test ihrer Durchsetzungsfähigkeit. Die Aufgabe hat sie nach langem Hin und Her gelöst, den Test aber nicht bestanden. Zwar wurde Tiberi nach wochenlangen öffentlichen Diskussionen aus dem RPR ausgeschlossen und Philippe Séguin zum Spitzenkandidaten des RPR (und damit auch von UDF und DL) bestimmt. Das Problem „Tiberi“ bestand indes weiter. Denn Tiberi gab nicht auf. Er trat mit einer Dissidenten-Liste an, die der offiziellen RPR-DF-DL-Liste Wähler abspenstig machte. Sein Widerstand gegen Séguin und die Führung des RPR brachte ihm bei vielen Franzosen sogar einen Sympathiegewinn ein.

Die Auseinandersetzung um die Nominierung des Kandidaten des RPR für das Amt des Bürgermeisters von Paris beherrschte praktisch den gesamten Vorwahlkampf. Und da Tiberi sich wider Erwarten halten konnte, prägte der Konflikt Séguin/Tiberi den gesamten Wahlkampf. Laut Umfragen wünschen die Bürger von Paris, dass sich die Stadt folgender Probleme verstärkt annimmt: Sicherheit, schlechte Luft, Lärm, Hundedreck auf den Fußwegen. Derweil drehte sich die Auseinandersetzung im Wahlkampf nur um den Konflikt zwischen Séguin und Tiberi.

■ Paris wurde in den letzten 24 Jahren von einem RPR-Bürgermeister geführt. Zuerst von Jacques Chirac, dann von Jean Tiberi. Von der Bevölkerungsstruktur her ist Paris eine mehrheitlich „bürgerliche“ Stadt. Der Konflikt zwischen Séguin und Tiberi führte jedoch dazu, dass sich die Umfrageergebnisse für Séguin in den letzten Wochen vor den Wahlen stetig verschlechterten.

■ Paris droht zu kippen – Séguin und Tiberi streiten weiter

Paris wurde in den letzten 24 Jahren von einem RPR-Bürgermeister geführt. Zuerst Jacques Chirac, dann Jean Tiberi. Von der Bevölkerungsstruktur her ist Paris eine mehrheitlich „bürgerliche“ Stadt. Der Konflikt zwischen Séguin und Tiberi führte jedoch dazu, dass sich die Umfrageergebnisse für Séguin in den letzten Wochen vor den Wahlen stetig verschlechterten. Hielten RPR-UDF-DL bisher in 14 von 20 Arrondissements die Mehrheit, so zeichnete sich schon Wochen vor den Wahlen in 12 von 20 Arrondissements eine Niederlage ab. Darunter in einigen Arrondissements, die besonders viele Conseillers in den Rat von Paris entsenden. Der Streit innerhalb des bürgerlichen Lagers hatte unversehens dem ziemlich blassen Kandidaten der Sozialisten Bertrand Delaoné die Chance eröffnet, Bürgermeister von Paris zu werden.

■ Strategiewechsel während des Wahlkampfes?

„Alerte rouge pour la droite“ (höchste Alarmstufe für die Rechte) überschrieb denn auch *Le Figaro* am 31. Januar den Artikel mit den besorgniserregenden Umfrageergebnissen. Fraglich war allerdings, ob es gelingen könne, vier Wochen vor dem ersten Wahlgang das Ruder noch herumzureißen. Eine Maxime von Séguin war es von Beginn an, keine Allianz mit Tiberi einzugehen. Eine Listenverbindung nach dem ersten oder auch nach dem zweiten Wahlgang wäre nach dem Wahlrecht noch möglich. Séguin schloss diesen Gedanken indes kategorisch aus.

Nachdem die Aussichten für das Séguin-Lager immer schlechter wurden, drehte sich die Diskussion gleichwohl vor allem um diese Frage. Tiberi beschwor die Zusammenarbeit, Séguin wies sie ebenso entschieden zurück. Und wurde darin (zunächst) auch von seinen Mitstreitern unterstützt. Je näher der erste Wahltag rückte, desto mehr häuften sich die Anzeichen, dass die führenden Politiker von RPR, UDF und DL unruhig wurden und mehr oder minder offen über einen Strategiewechsel nachdachten.

Verwunderung und Verwirrung erregte auch lange Zeit die Entscheidung Séguins, in seinem Arrondissement (XVIIIe) nicht den Spitzenplatz einzunehmen, sondern nur an vierte Stelle seiner Liste zu ran-

gieren. Ursprünglich hatte er damit wohl ein Zeichen seines Selbstvertrauens und seiner Siegesgewissheit setzen wollen. Denn bisher befand sich dieses Arrondissement in der Hand der Sozialisten. Die bürgerlichen Parteien entsandten nur drei Conseillers in den Rat von Paris. Bei gleichem Ergebnis bei den kommenden Kommunalwahlen würde Séguin nicht in den Rat von Paris gewählt und könnte demzufolge auch nicht Bürgermeister von Paris werden. Während einige ihn inständig bedrängten, doch noch den Spitzenplatz einzunehmen, glaubten andere, dass sich Séguin mit dieser Entscheidung eine Hintertür für seinen Abgang offenhalten wolle. Nur wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang entschied sich Séguin dann doch, den Spitzenplatz auf seiner Liste einzunehmen. – Aber da interessierte das alles die Wähler wohl nicht mehr.

■ **Verwunderung und Verwirrung erregte lange Zeit die Entscheidung Séguins, in seinem Arrondissement (XVIIIe) nicht den Spitzenplatz einzunehmen, sondern nur an vierter Stelle seiner Liste zu rangieren.**

■ **Erste Runde: die bürgerlichen Parteien halten sich besser als erwartet – die Linke gewinnt weniger hinzu als erhofft**

Der erste Wahlgang der Kommunalwahlen fand am 11. März 2001 statt. Die Wahlbeteiligung lag mit landesweit rund 61 Prozent höher als erwartet, in Paris gar 62,5 Prozent (12,5 Prozent höher als bei den letzten Kommunalwahlen).

In den Meinungsumfragen kurz vor dem ersten Wahlgang deutete sich noch eine *vague rose* (rosarote Welle) an, welche die Rathäuser Frankreichs überspülen würde. Nach dem ersten Wahlgang zeigte sich jedoch, dass sich die bürgerlichen Parteien weitaus besser behaupten konnten als befürchtet. In den Städten und Gemeinden mit über 3500 Einwohnern erzielten sie insgesamt rund 49 Prozent (1995: 48 Prozent). Dagegen verlor die vereinigte Linke sogar geringfügig und lag landesweit bei 42 Prozent gegenüber 43,8 Prozent im Jahr 1995.

■ **Paris: schlechte Aussichten für Séguin**

Das für die bürgerlichen Parteien unerwartet günstige Ergebnis des ersten Wahlgangs wurde jedoch von den Ergebnissen in Paris und Lyon überschattet.

Das Ergebnis in Paris lag durchaus im Bereich der Erwartungen.

Bertrand Delanoë	31,37%
Philippe Séguin	25,74%
Jean Tiberi	13,92%
Yves Contassot (Grüne)	12,35%
versch. Rechte	4,63%
Extreme Linke	4,07%
Charles de Gaulle FN	3,47%
Jean-Yves Le Gallou MNR	2,25%

Für Philippe Séguin bedeutete dieses Resultat natürlich eine herbe Enttäuschung. Um so mehr, als er in seinem Arrondissement (18.) nur 19,18 Prozent erzielte. Im zweiten und fünften Arrondissement schaffte die Liste Séguin nicht einmal die Zehn-Prozent-Hürde und kam deshalb dort nicht in den zweiten Wahlgang. Jean Tiberi erzielte in „seinem“ (5.) Arrondissement 40 Prozent, in einigen anderen schied er indes vorzeitig aus dem Rennen aus.

■ **Alles konzentrierte sich in der Woche zwischen dem ersten (11. März) und zweiten Wahlgang (18. März) auf die Strategie für diesen zweiten Wahlgang. Denn bis Dienstagabend konnten die Listen, welche in den zweiten Wahlgang gelangt waren, neue Kandidatenlisten einreichen.**

Alles konzentrierte sich in der Woche zwischen dem ersten (11. März) und zweiten Wahlgang (18. März) auf die Strategie für diesen zweiten Wahlgang. Denn bis Dienstagabend konnten die Listen, welche in den zweiten Wahlgang gelangt waren, neue Kandidatenvorschläge einreichen. Der Spitzenkandidat der Linken, Delanoë, bot denn auch schon am Abend der Wahl den übrigen linken Listen eine Fusion an, wobei jede Liste entsprechend ihrem Ergebnis im ersten Wahlgang berücksichtigt werden sollte.

Schwieriger gestaltete sich der Prozess auf Seiten der bürgerlichen Parteien. Tiberi plädierte, wie gehabt, für die Fusion. Séguin verlangte, dass die jeweils unterlegene Liste ihre Kandidaten insgesamt zurückziehe. So zog er denn auch bereits seine Listen in jenen Arrondissements zurück, in denen sie weniger Stimmen erzielten als die Listen Tiberis. Diese Strategie von Séguin war indes in seinem eigenen Lager nicht unumstritten. Es meldeten sich gewichtige Stimmen aus dem eigenen Lager, die für eine Fusion mit Tiberi plädieren (z.B. Juppé, Alliot-Marie, Balladur, Toubon, Fillon). Für Séguin dagegen stand seine Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. „Les séguinistes, sonnés, refusent d'ajouter le déshonneur à la défaite.“ Die angeschlagenen Séguinisten weigern sich, ihrer Niederlage auch noch die Schande hinzuzufügen, *Le Monde*, 13. März 2001.

■ Lyon: Aus für Mercier

In ein ähnliches Dilemma hatten sich die bürgerlichen Parteien auch in Lyon manövriert. Gleichwohl standen die Chancen für RPR/UDF/DL in Lyon deutlich besser als in Paris.

Gérard Colomb PS	32,96%
Michel Mercier UDF	24,45%
Charles Millon	23,11%
extreme Linke	6,29%
FN	6,95%
MNR	0,47%

Rein rechnerisch sprach also alles für eine Fusion zwischen Mercier und Millon. Beide gemeinsam sollten gegen Colomb ohne weiteres gewinnen können, zumal dieser kaum noch über weitere mögliche Allienzpartner verfügte.

Millon forderte infolgedessen die Fusion. Mercier hatte sich dagegen bereits vor den Wahlen festgelegt, dass jeweils die Liste, die in einem Arrondissement unterliegt, zurückgezogen werden sollte. Noch in der Wahlnacht hatte er denn auch in Konsequenz dieser Forderung seine Liste im 5. Arrondissement von Lyon zurückgezogen, auf der er selbst kandidierte, da sie der Liste Millon unterlegen war. Mercier war damit aus dem Rennen. Neuer Spitzenkandidat wurde Michel Dubernard (RPR), ein international renommierter Chirurg.

Auch betreffend Lyon regten sich Stimmen, die eine Fusion befürworteten. Fraglich war indes, ob nach den bereits erfolgten eindeutigen Festlegungen die Strategie nochmals hätte geändert werden können.

■ Zweite Runde: die bürgerlichen Parteien verlieren Paris und Lyon – und gewinnen Frankreich

Es kam, wie es kommen musste! Nach einem Wahlkampf, in dem sich die verschiedenen konkurrierenden Listen der bürgerlichen Rechten in Paris und in Lyon mehr untereinander bekriegten als den politischen Gegner ins Visier zu nehmen, gewann der Sozialist Bertrand Delanoë die Mehrheit im Rat von Paris und der Sozialist Gérard Colomb die Mehrheit

■ In ein ähnliches Dilemma hatten sich die bürgerlichen Parteien auch in Lyon manövriert. Gleichwohl standen die Chancen für RPR/UDF/DL in Lyon deutlich besser als in Paris.

■ Delanoë, der ursprünglich völlig unbekannte Fraktionsvorsitzende im Rat von Paris, der im Wahlkampf von der französischen Version von *spitting image* noch als Monsieur „Wie-heißt-er-nochmal“ verspottet wurde, verfügt (bei einem Stimmenanteil von 49,6 Prozent) im Rat der Stadt Paris künftig über 92 Sitze gegenüber 71 Sitzen für die Listen Séguin und Tiberi.

im Rat von Lyon. Die beiden größten Städte Frankreichs werden also zukünftig jeweils von einem sozialistischen Bürgermeister geführt.

Delanoë, der ursprünglich völlig unbekannte Fraktionsvorsitzende im Rat von Paris, der im Wahlkampf von der französischen Version von *spitting image* noch als Monsieur „Wie-heißt-er-nochmal“ verspottet wurde, verfügt (bei einem Stimmenanteil von 49,6 Prozent) im Rat der Stadt Paris künftig über 92 Sitze gegenüber 71 Sitzen für die Listen Séguin und Tiberi.

Während nach dem ersten Wahlgang die Lage für die bürgerliche Rechte in Paris schon ziemlich aussichtslos war, schien die Ausgangsposition in Lyon wesentlich besser. Hatte doch die Liste der vereinigten Linken nur rund ein Drittel der Stimmen erringen können, die beiden konkurrierenden Listen der bürgerlichen Rechten zusammen jedoch knapp 50 Prozent. Diesen Vorsprung konnten die beiden Spitzenkandidaten Dubernard und Millon dennoch nicht ins Ziel retten. Der zukünftige sozialistische Bürgermeister Colomb gewann 42 Sitze im Stadtrat von Lyon, die Listen Dubernard und Millon nur 31. Nach dem Stimmenanteil lagen Dubernard und Millon allerdings mit 50,2 Prozent vor Colomb (48,5 Prozent). Aufgrund der Wahl der Stadträte innerhalb von neun Arrondissements ergab sich indes der Sieg für die Sozialisten.

■ Fusion – Rückzug – Konfusion: die Rechte serviert Paris und Lyon auf dem silbernen Tablett

Die Niederlage in Paris und jene in Lyon haben sich die Parteien der bürgerlichen Rechten selbst zuzuschreiben. Es war nicht ein Votum für die allgemein als „farblos“ eingestuften Spitzenkandidaten der Linken. Die soziologische Struktur beider Städte spricht eindeutig für einen Vorsprung der bürgerlichen Parteien. Die Anhänger der bürgerlichen Rechten hatten aber offenkundig die endlosen Streitereien innerhalb des bürgerlichen Lagers satt. Selbst für den professionellen Beobachter waren die Winkelzüge der untereinander zerstrittenen Lager kaum mehr nachvollziehbar. Vor allem durch die Verhandlungen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang wurden die potenziellen Wähler nachhaltig verwirrt. Fusion oder Rückzug der unterlegenen Listen, darum drehte sich

die Debatte und stürzte die Wähler in die Konfusion. Letztlich ergab sich in Paris und in Lyon ein Flickenteppich aller denkbaren Varianten. So zog Séguin in Paris in manchen Arrondissements seine Liste zurück, in anderen wieder Tiberi, in einigen Arrondissements schließlich fusionierten die bürgerlichen Listen, in anderen wieder hielten beide ihre Kandidaturen aufrecht. Ähnlich war die Situation in Lyon, wo dem Wähler ebenfalls kein klares Angebot gemacht wurde.

Was soll man darüber hinaus davon halten, dass – wie es hieß – selbst Präsident Chirac schon vor dem zweiten Wahlgang die Wahl in Paris für verloren hielt und die Schuld dafür dem Spitzenkandidaten Séguin zuschob? („c’est foutu et c’est vraiment dû au candidat“, *Le Figaro*, 15. März 2001). Oder dass Raymond Barre schon vor einiger Zeit erklärte, es sei nicht das Ende der Welt, wenn der künftige Bürgermeister von Lyon ein Sozialist sei?

■ Niederlage in Paris und in Lyon – große Erfolge in der Provinz

Die selbstverschuldete Niederlage der bürgerlichen Parteien in Paris und in Lyon kann aber nicht verdecken, dass die bürgerlichen Parteien bei den Kommunalwahlen insgesamt weitaus besser abgeschnitten haben als die Linke. Einige der führenden Politiker der bürgerlichen Opposition konnten bereits im ersten Wahlgang ihr Bürgermeistermandat behaupten. Alain Juppé gewann Bordeaux mit 50,96 Prozent im ersten Wahlgang, Michèle Alliot-Marie Saint-Jean-de-Luz mit 51,86, Nicolas Sarkozy Neuilly-sur-Seine mit 76,88 Prozent. Im zweiten Wahlgang erzielte Jean-Claude Gaudin in Marseille einen ungefährdeten Sieg. In einigen wichtigen Städten konnten die bürgerlichen Parteien die Mehrheit bewahren, obwohl die Chancen für die Linke günstig schienen. Das gilt etwa für Reims und Nancy, insbesondere aber für Toulouse, wo sich die vereinigte Linke nach dem ersten Wahlgang mit einer „Rapper-Liste“ verband und Philippe Douste-Blazy, der Vorsitzende der UDF-Fraktion in der Assemblée Nationale, schon geschlagen schien. Die Vorstellung, dass diese Rapper zukünftig die Politik von Toulouse mitbestimmen würde, hat jedoch die bürgerlichen Wähler derart mobilisiert, dass Douste-Blazy im zweiten Wahlgang mit 56 Prozent glänzend gewann.

■ Die selbstverschuldete Niederlage der bürgerlichen Parteien in Paris und in Lyon kann nicht verdecken, dass die bürgerlichen Parteien bei den Kommunalwahlen insgesamt weitaus besser abgeschnitten haben als die Linke.

Ebenso eindrucksvoll ist die Liste der bisher von einer linken Mehrheit geführten Städte, die zukünftig einen Bürgermeister aus den Reihen der bürgerlichen Parteien haben werden. Insgesamt sind es rund 40 Städte, darunter:

Stadt	bisher	zukünftig
Aix-en-Provence	Jean-François Picheral, PS	Maryse Joissains-M., UDF
Blois	Jack Lang, PS	Nicolas Perruchot, UDF
Cahors	Bernard Charles, PRG	Michel Rouégoux, UDF
Chartres	Pascal Ory, PS	Jean-Pierre Georges, UDF
Drancy	Gilbert Conte, PC	Jean-Christophe Lagarde, UDF
Evreux	Roland Plaisance, PC	Jean-Louis Debré, RPR
La Seyne-sur-Mer	Maurice Paul, PC	Arthur Paecht, UDF
Lisieux	Yvette Roudy, PS	Bernard Aubril, DVD
Longjumeau	Philippe Schmit, PS	Pierre-André Wiltzer, UDF
Macon	Michel-Antoine Rognard, PS	Jean-Patrick Courtois, RPR
Nîmes	Alain Clary, PC	Jean-Paul Fournier, RPR
Orléans	Jean-Pierre Sueur, PS	Serge Grouard, RPR
Quimper	Jean-Claude Joseph, PS	Alain Gérard, RPR
Rouen	Yvon Robert, PS	Pierre Albertini, UDF
Sète	François Liberti, PC	François Commeinhes DVD
Sens	Jean Cordillot, PC	Marie Fort, DL
Strasbourg	Catherine Trautmann, PS	Fabienne Keller, UDF
Tarbes	Raymond Erraçarret, PC	Raymond Trémège, UDF

Dagegen wechselte nur in wenigen der wichtigeren Städte die Mehrheit in die entgegengesetzte Richtung, z.B. Agen, Ajaccio, Auxerre, Dijon, Salon-en-Provence, Saumur, Tulle. Während die linken Parteien vor dem ersten Wahlgang noch auf eine *vague rose* (rosarote Welle) gehofft hatten, gab es tatsächlich eine *vague bleue*, die zahlreiche linke Bürgermeister aus dem Amt spülte.

■ Katastrophales Abschneiden führender linker Politiker

■ Dem überraschend guten Ergebnis der bürgerlichen Parteien entspricht ein teils mäßiges, teils katastrophales Ergebnis einiger führender Politiker der Linken.

Dem überraschend guten Ergebnis der bürgerlichen Parteien (Ausnahmen Paris und Lyon) entspricht ein teils mäßiges, teils katastrophales Ergebnis einiger führender Politiker der Linken. Am meisten beachtet wurden natürlich die Niederlagen von Elisabeth Guigou in Avignon (36,4 Prozent), von Jack Lang in Blois (mit 37 Stimmen weniger als der zukünftige UDF-Bürgermeister), von Catherine Trautmann in Stras-

bourg und von Pierre Moscovici in Montbéliard. Schon im ersten Wahlgang waren Dominique Voynet (Grüne) in Dole und Jean-Claude Gayssot (PC) in Béziers ausgeschieden. Insgesamt sind damit eine Reihe von führenden Ministern aus dem Kabinett Jospin angeschlagen oder desavouiert.

Auch Martine Aubry, ehemalige Arbeits- und Sozialministerin, konnte in Lille keinen überzeugenden Sieg erringen. Sie erzielte im zweiten Wahlgang nur knapp 50 Prozent der Stimmen.

■ Agonie der Kommunistischen Partei

Einen besonders schweren Stand hatte bei diesen Kommunalwahlen der PCF. Sein Stimmenanteil war schon im ersten Wahlgang deutlich zurückgegangen. Im zweiten Wahlgang verlor sie zudem eine Reihe von Bürgermeistern, z.B. in Nîmes, Le Mans, Evreux, Tarbes, Sète, Dieppe, La Seyne, La Ciota und Colombes. „Die Wahlen bestätigen die Agonie des PCF“, schreibt denn auch *Le Figaro* (19. März 2001).

Schon hat der PCF angekündigt, er werde künftig mehr eigenes Profil zeigen müssen, um seine Wähler zurückzugewinnen. Wachsende Spannungen im Kabinett Jospin sind also vorgezeichnet.

■ Extreme Rechte auf dem Rückzug

Auch die extreme Rechte (Front National, Mouvement National Républicain) verlor kräftig. Ihr Stimmenanteil im ersten Wahlgang halbierte sich (3,1 Prozent in den Städten über 3500 Einwohner nach 6,6 Prozent im Jahr 1995). Dem FN (Le Pen) bleibt nur noch das Amt des Bürgermeisters in Orange, der MNR (Bruno Mégret) gewann in Vitrolles (Catherine Mégret) und Marignane (Daniel Simonpieri). Dagegen ging Toulon an einen Kandidaten von DL (Hubert Falco) verloren.

Natürlich machen Kommunisten und Sozialisten den bürgerlichen Parteien heftige Vorwürfe, sie hätten von den Wählern der extremen Rechten profitiert. Dabei übersehen sie aber, dass Jospin bei den Parlamentswahlen im Jahr 1997 nur eine Mehrheit gewinnen konnte, weil in zahlreichen Wahlkreisen der FN die bürgerlichen Parteien Wähler kostete, woraufhin der linke Kandidat gewann. Auch erinnert sich die Linke nur ungern daran, dass der FN letztlich von

■ Natürlich machen Kommunisten und Sozialisten den bürgerlichen Parteien heftige Vorwürfe, sie hätten von den Wählern der extremen Rechten profitiert. Dabei übersehen sie aber, dass Jospin bei den Parlamentswahlen im Jahr 1997 nur eine Mehrheit gewinnen konnte, weil in zahlreichen Wahlkreisen der FN die bürgerlichen Parteien Wähler kostete, woraufhin der linke Kandidat gewann.

François Mitterrand gefördert wurde mit dem Ziel, das Lager der Rechten zu spalten.

Teilweise ist die Niederlage in Lyon dieser Kampagne der Linken zuzuschreiben. Denn sie machte Front gegen Charles Millon, der angeblich wegen seiner Wahl zum Präsidenten der Region im Jahr 1998 diskreditiert sei. Die UDF und Bayrou haben sich von dieser Kampagne anstecken lassen, sie sogar mit betrieben, indem sie schon vor dem ersten Wahlgang jede Zusammenarbeit mit Millon rundweg ablehnten. Vor dem zweiten Wahlgang war die Kehrtwende nicht mehr möglich bzw. dem Wähler nicht mehr zu vermitteln. Offenkundig blieben in Lyon zahlreiche RPR/UDF/DL-Anhänger (etwa 30 Prozent) am zweiten Wahltag zuhause und ermöglichten so den Sieg des Sozialisten.

■ **Schlussfolgerungen**

- In Frankreich verfügen die bürgerlichen Parteien potenziell über eine Mehrheit. Wenn es den bürgerlichen Parteien gelingt, ihre internen Querelen zu beenden und eine konsequente Oppositionspolitik zu betreiben, haben sie auch bei den in einem Jahr bevorstehenden Parlamentswahlen eine realistische Chance.
- Überall dort, wo die bürgerlichen Parteien geeint und geschlossen aufgetreten sind (z.B. Straßburg, Toulouse, Evreux), haben sie gute, teils sehr gute Ergebnisse erzielt. Wo dies nicht der Fall war, haben sie verloren (siehe Paris und Lyon).
- Die Niederlage in Paris wird vor allem Philippe Séguin angelastet werden. Es bleibt abzuwarten, ob und wie er sich von dieser Niederlage politisch wieder erholen wird. Seine angeblichen oder tatsächlichen Ambitionen für das Amt des Präsidenten haben sich zerschlagen.
- In Lyon ist die Strategie von François Bayrou, Vorsitzender der UDF, nicht aufgegangen. Die ehemalige UDF-Hochburg ging verloren. Dagegen konnte sich sein Rivale Douste-Blazy in Toulouse durchsetzen. Bayrou geht daher geschwächt aus diesen Wahlen, bei denen er nicht einmal Kandidat war, hervor, Douste-Blazy ist gestärkt.
- Michèle Alliot-Marie, Vorsitzende des RPR, dürfte ihr Position durch ihren Wahlsieg im ersten Wahlgang in Saint-Jean-de-Luz wieder etwas gefestigt

haben. Aber auch sie ist mitverantwortlich für den Verlust von Paris.

- Premierminister Jospin und sein Kabinett sind angeschlagen. Wichtige Minister seines Kabinetts haben ein demütigendes Kommunalwahlergebnis erzielt. Die Grünen konnten ihre Position ausbauen. Die Kommunisten verlieren immer stärker an Boden und machen ihre Regierungsbeteiligung dafür verantwortlich. Wachsende Spannungen innerhalb der Regierung Jospin sind folglich vorgezeichnet.
- Auch Präsident Chirac bleibt von dem Wahlergebnis nicht unberührt. Zwar dürfte er mit dem Ergebnis insgesamt zufrieden sein. Beunruhigen muss ihn aber die Niederlage in Paris. Der Verlust von Paris hat zweifellos Signalwirkung. Wenn die bürgerlichen Parteien schon das Amt des Bürgermeisters von Paris nicht mehr gewinnen können, so werden sich die Franzosen fragen, wie wollen sie dann die Präsidentenwahlen gewinnen? Die Chancen für einen Wiederwahl von Jacques Chirac zum Präsidenten dürften einen Dämpfer erhalten haben.
- Edouard Balladur selbst wies auf eine weitere Folge einer Niederlage hin. Wenn Paris verloren gehe, werde die neue Mehrheit im Rat von Paris bis zu den Präsidentenwahlen jede Woche neue Dokumente aus den Archiven hervorholen und daraus Affären konstruieren.
- Das Ergebnis der Kommunalwahlen könnte gleichwohl auch positive Wirkungen haben. Schon seit einigen Monaten ist die Stimmung unter den Abgeordneten der drei Fraktionen RPR, UDF und DL äußerst gereizt. Immer näher rücken die Parlamentswahlen im Frühjahr 2002. Es wächst der Druck aus den Reihen der Abgeordneten und der Parteibasis, eine große, geeinte politische Formation nach dem Vorbild von CDU/CSU und PP zu bilden. Einen entsprechenden Aufruf haben vor einigen Wochen rund 90 Prozent der Abgeordneten unterzeichnet. Die Kommunalwahlen haben gezeigt, dass die bürgerlichen Parteien, dort wo sie geeint und mit einem überzeugenden Programm auftreten, auch gewinnen können. Am 4. April wurde daher die Bewegung „Alternance 2002 – l’Union en Mouvement“ in Paris gegründet. Treibende Kräfte dieser Bewegung sind u.a. Hervé

■ Auch Präsident Chirac bleibt von dem Wahlergebnis nicht unberührt. Zwar dürfte er mit dem Ergebnis insgesamt zufrieden sein. Beunruhigen muss ihn aber die Niederlage in Paris. Der Verlust von Paris hat zweifellos Signalwirkung. Wenn die bürgerlichen Parteien schon das Amt des Bürgermeisters von Paris nicht mehr gewinnen können, so werden sich die Franzosen fragen, wie wollen sie dann die Präsidentenwahlen gewinnen?

Gaymard, François Fillon, Dominique Perben, Michel Barnier, Jean-Pierre Raffarin, Jacques Barrot. Auch Alain Juppé, die Vorsitzenden der Fraktionen von RPR, UDF und DL in der Assemblée Nationale und im Sénat sowie weitere führende Politiker unterstützen diese Bewegung. Ziel von Alternance 2002 ist es, bei den Parlamentswahlen im nächsten Frühjahr einen Regierungswechsel herbeizuführen. Die Aussichten dafür stehen zur Zeit nicht schlecht.

- Als treibende Kraft hinter diesem Projekt wird immer wieder Jérôme Monod bezeichnet, den Jacques Chirac im Juni 2000 zu einem seiner wichtigsten Berater gemacht hat. François Bayrou (UDF) und Alain Madelin (DL), die beide ihre Kandidatur bei den Präsidentenwahlen erklärt haben, lehnen das Projekt ab. Sie sehen darin den Versuch Chiracs, eine Unterstüztungsgruppe für seine Wahl zum Präsidenten zu bilden und Mitbewerber aus dem eigenen Lager zu verhindern.

■ Start für die Präsidentenwahlen

■ Nicht nur laut *Figaro* ist der zweite Wahlgang der Kommunalwahlen zugleich der Start für die Präsidentenwahlen im nächsten Jahr („le second tour lance les présidentielles“, 17. März 2001). Die Kommunalwahlen waren die letzte landesweite Positionsbestimmung für die beiden großen politischen Lager, bevor in rund zwölf Monaten zunächst der Präsident und dann das Parlament kurz nacheinander neu gewählt werden.

Nicht nur laut *Figaro* ist der zweite Wahlgang der Kommunalwahlen zugleich der Start für die Präsidentenwahlen im nächsten Jahr („le second tour lance les présidentielles“, 17. März 2001). Die Kommunalwahlen waren die letzte landesweite Positionsbestimmung für die beiden großen politischen Lager, bevor in rund zwölf Monaten zunächst der Präsident und dann das Parlament kurz nacheinander neu gewählt werden. Das Ergebnis der Kommunalwahlen zeigt, dass die Linke keinesfalls schon heute fest mit einem Sieg rechnen kann und Präsident Chirac noch nicht geschlagen ist. Noch ist alles offen.

Präsident Chirac und, bei den Parlamentswahlen, die bürgerlichen Parteien können aber nur gewinnen, wenn die bürgerliche Rechte personell und politisch geeint auftritt.

Frankreich insgesamt steht nun vor einem Wahlkampf, der rund zwölf Monate dauern wird. Für die Lösung der drängenden Probleme ist dies keine gute Ausgangslage.

Das Manuskript wurde am 6. April 2001 abgeschlossen.